

**2.12.2013 apl. Professor Dr. Matthias Asche: Das christliche Europa der Vormoderne zwischen Eintracht und Zwietracht – zur religiösen Grundierung Alteuropas**

*Zum Referenten: Matthias Asche studierte Geschichte, Politikwissenschaften und Germanistik in Osnabrück, Wien und Rostock. Während der Arbeit an seiner Dissertation arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Eberhard Karls Universität Tübingen, wo er 1997 promovierte. Während seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent habilitierte er sich ebenda im Jahr 2003 mit einer Arbeit zum Thema „Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Landeswiederaufbau und Migration in der Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts“. 2006 wurde er zum apl. Professor ernannt. Von Matthias Asche liegen zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Frühen Neuzeit vor.*

Nach der einleitenden Bemerkung, dass die alteuropäische (mittelalterliche und frühneuzeitliche) Identität grundsätzlich konfessionell bestimmt war (Heiraten, Vergabe von Ämtern, Kriegsbündnisse u.a. orientierten sich an der Konfession), gliederte der Referent seinen Vortrag in zwei Abschnitte

Teil 1: Reflexion über die christliche Identität Alteuropas an der Schwelle vom Mittelalter zur Neuzeit

Teil 2: Die Folgen von Katholischer Reform, Reformation und Gegenreformation für die europäische Geschichte im Konfessionellen Zeitalter, mit einigen Ausblicken auf das aufgeklärte, säkulare 18. Jh.

Teil 1

Das Mittelalter lieferte wenig neue Impulse für das Denken in gesamteuropäischen Kategorien, kannte aber eine Reihe von Gründungsmythen Europas, biblisch-religiösen (die Söhne Noahs als Begründer der Völker: Jafet/Europa, Sem/Asien, Ham/Afrika) oder antiken Ursprungs (Aeneas-Sage). Der Humanismus außerhalb Italiens schuf eigene nationale Gründungslegenden – so den Germanen-Mythos der Deutschen, den Goten-Mythos der Spanier und Schweden, den Gallier-Mythos der Franzosen oder den Sarmaten-Mythos der Polen. Die Sage von der Entführung der phönizischen Königstochter Europa durch den Stier/Zeus und die Begründung eines Königreichs durch deren Sohn Minos auf Kreta als Wiege Europas spielte dagegen eine weniger große Rolle.

In der antik-heidnischen, säkularen Tradition war Europa einer der drei Teile der den Griechen bekannten Welt. In der christlichen Überlieferung sind Europa, Asien und Afrika Personifizierungen der göttlichen Trias. Zum Zentrum der Welt wurde im Rahmen der mittelalterlichen Heilsgeschichte Jerusalem, das dementsprechend auf den zeitgenössischen Karten im Zentrum steht. Erst auf den Karten der beginnenden Neuzeit rückt Rom in den Mittelpunkt, erstmals 1511 bei Martin Waldseemüller, der bereits 1507 Europa geographisch definierte: „Europa wird im Westen vom Atlantik, im Norden vom Britannischen Meer [= Nordsee und Ärmelkanal], im Osten vom Don, vom Maeotischen See [= Asowsches Meer] und vom Schwarzen Meer, im Süden vom Mittelmeer umschlossen. Es umfaßt auch Spanien, Gallien, Germanien, Rhaetien, Italien, Griechenland und Sarmatien.“

Seine spezifische Identität entwickelte das vormoderne Europa durch Abgrenzung gegenüber den nichtchristlichen Völkern, besonders an den Kontakt- und Konfliktzonen zum Islam (Iberische Halbinsel, Balkan). Die christliche „Festung Europa“ ist dabei einseitig durchlässig. Gemäß biblischen Missionsauftrag und im Gefühl der technisch-zivilisatorischen und moralischen Überlegenheit werden die Grenzen überschritten, besonders bei der

Erschließung der Neuen Welt. Die spanischen Könige behaupteten mit einigem Recht nach dem Fall Granadas 1492 und der Ausweisung der Juden, dass Europa nun wieder christlich sei und verbreiteten im Rahmen der Conquista das Christentum noch weiter. Dass der osmanische Vormarsch im Osten keineswegs gestoppt war und in Spanien mit den Moriscos eine nicht assimilierte muslimische Minderheit lebte, wurde ebenso verschwiegen wie die mittelalterlichen muslimisch-jüdischen Wurzeln des modernen Europas, obwohl die Beziehungen zu Islam und Judentum nicht nur durch Konflikte, sondern auch durch Handel und geistigen und kulturellen Austausch geprägt waren. Jüdische und muslimische Gelehrte und ihre Wissenschaften spielten im gesamten Mittelalter eine wichtige Rolle, die erst in der Zeit der Aufklärung wiederentdeckt und gewürdigt wurden.

Nach dem Selbstverständnis der gelehrten Zeitgenossen an der Wende zur Neuzeit war das Christentum das wesentliche Charakteristikum Europas, wenngleich es nicht in sich geschlossen war: Die Kirchenspaltung von 1054 zog eine Trennlinie mitten durch Europa. Grenzländer des „lateinischen“ Europa waren Finnland, Livland, Litauen, Polen, Ungarn (mit Siebenbürgen). Der „lateinische“ Westen fand seine Einheit in der Zentrierung auf Rom. Das orthodoxe Europa umfasste Griechenland, Russland, weite Teile des Balkans sowie den Osten des Polnisch-Litauischen Großreichs. Abgesehen von Rußland, befand sich der größte Teil unter osmanischer Herrschaft, doch war der Sultan, entgegen christlicher Propaganda, in religiösen Dingen der toleranteste Monarch im frühneuzeitlichen Europa. Diese geographischen Überlegungen zeigen, dass sich das heutige EU-Gebiet und die EU-Anwärter schon am Beginn der Neuzeit auf drei, vor allem religiös determinierte Kulturbereiche verteilten.

Das vormoderne Europa unterschied deutlich zwischen einem lateinischen und einem griechischen Europa, zunächst verbunden mit dem Zwei-Kaiser-Problem. Das im Mittelalter entwickelte sakrale Konzept der Universalmonarchie wurde allerdings mit der Glaubensspaltung überflüssig und wurde im 17. Jh. von einem neuen strategischen Konzept einer „Balance of Power“ abgelöst, das statt auf Hegemonie auf Gleichheit und politischen Ausgleich zielte, auf ein multipolares, pluralistisches Staatensystem.

Der griechisch-russische orthodoxe Osten und die islamische Welt hatten eine ganz andere religiös-kulturelle Prägung, die Wahrnehmungen und Handlungen beeinflusste. Daher wurde bis ins 17. Jh. die Zugehörigkeit des Russischen Reiches zu Europa in Frage gestellt, was sich erst seit Peter dem Großen und der Öffnung nach Westen – ohne die identitätsstiftenden orthodoxen Wurzeln aufzugeben – änderte.

Die Dreiteilung Europas zeigte sich am deutlichsten in den Türkenkriegen, die bis ins späte 17. Jh. durchaus noch in der Tradition der mittelalterlichen Kreuzzüge geführt wurden. Nach 1453 gab es Appelle an einen Zusammenschluss aller europäischen Staaten und Völker zu einem gesamtchristlichen Kreuzzug. Die Türken galten als „Erbfeinde des christlichen Namens“, worin die Kriege gegen den Sultan eine religiöse Sinnstiftung fanden. Die Vorstellung der „antemurale christianitatis“ (Bollwerk der Christenheit) sowie die in den 1520er Jahren errichtete habsburgische Militärgrenze in Ungarn spielen bis heute im nationalen Geschichtsbild der Polen, Litauer, Ungarn, Rumänen, Slowenen und Kroaten eine wesentliche Rolle. Dagegen ist der aus dem 19. Jh. stammende Begriff „Balkan“ für die von den Osmanen besetzten Gebiete bis heute negativ konnotiert. Die Völker, die unter osmanischer Oberherrschaft standen, wurden zunehmend an den Rand gedrängt und aus dem engeren europäischen Kulturkreis ausgeschlossen.

Das in der Vormoderne überwiegend negative Bild der Türken wandelte sich erst nach dem erfolgreichen Ende des Großen Türkenkriegs im 17. Jh., nachdem das Osmanische Reich zu Beginn des 18. Jh. militärisch in die Defensive geriet. Nikolaus I. konnte später vom „kranken Mann am Bosphorus“ sprechen. Die erfolgreichen Türkenkriege wurden sinnstiftend für

Dynastie, Kirche und Nation umgedeutet, der Triumph über die Osmanen Teil der ostmitteleuropäischen Barockfrömmigkeit („Pietas Austriaca“, „Patrona Bavariae“). Die orthodoxe Welt hatte sich aus vielschichtigen Gründen bis ins 17. Jh. den Kreuzzugsaufrufen verweigert. Insbesondere die Eroberung Konstantinopels 1204 im Zuge des Vierten Kreuzzugs hatte die griechische Christenheit der lateinischen dauerhaft entfremdet. Stattdessen arrangierte man sich mit der osmanischen Fremdherrschaft. Aus der Reihe der griechischsprachigen Kaufmannschaft in Konstantinopel gingen die einflussreichen Pfortendolmetscher und Phanarioten-Familien in den Donaufürstentümern Moldau und Walachei hervor.

Zum eigentlichen Gegenspieler der Osmanen entwickelte sich das Russische Reich, das auf ihre Kosten im 18. und 19. Jh. enorm expandierte. Nach 1453 nahmen die Großfürsten von Moskau gelegentlich, mit Iwan IV. 1547 endgültig den Titel „Zar“ an. Damit beanspruchte man auch symbolisch das Erbe der oströmischen Kaiser, zunehmend auch in religiös-sakraler Hinsicht. Das im Friedensschluss von 1774 vereinbarte sogenannte „Kultprotektorat“ wurde zum russischen Instrument der Aufwiegelung der Balkanchristen gegen die osmanische Herrschaft. Mit den russischen Siegen erfüllte sich quasi die altrussische Staatslegende vom Dritten Rom, die 1508 vom Mönch Filofej formuliert worden war und für das spezifische religiös-missionarische Selbstverständnis wie für den politischen Sonderweg Russlands in der Neuzeit konstitutiv war. Sie war das Pendant der lateinischen Idee der „Translatio imperii“ nach dem Untergang des Weströmischen Reichs.

Die lateinische Christenheit erfuhr an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit eine nachhaltige Glaubensspaltung durch die Reformation und katholische Reformbemühungen seit dem Trienter Konzil. Es entstanden – zumindest der Idee nach – der homogene, restriktiv und repressiv auftretende Konfessionsstaat sowie zwei (oder mehrere, wenn die innerprotestantische Konfessionsentwicklung berücksichtigt wird) Konfessionskulturen bzw. konfessionell determinierte Kulturlandschaften sowie das Ideal der konfessionellen Identität von Fürst, Dynastie, Territorium und Untertanen. Noch heute ist das Selbstverständnis europäischer Staaten in mancherlei Hinsicht von diesen Traditionen geprägt. Der gesamtgesellschaftliche Prozess der Umsetzung von obrigkeitlich vorgegebenen spezifisch religiös-konfessionell bestimmten Normen wird in der Forschung als Konfessionalisierung bezeichnet. Sie führte zu den innerchristlichen Religionskriegen des konfessionellen Zeitalters, doch danach zu neuen Chancen für ein modernes, tolerantes Europa.

## Teil 2

Die Protagonisten aller vier großen Konfessionen (Katholiken, Lutheraner, Calvinisten und Anglikaner – hinzu kommen die Orthodoxen) haben konfessionelle Argumente offen oder verschleiert als legitimierenden Kriegsgrund benutzt oder der anderen Kriegspartei konfessionalistisches Handeln unterstellt. Zudem konnten in den Religionskriegen religiöse Motive auch zu einem ausschließlichen Motiv werden. Selbst scheinbar genuin säkulare Konflikte des 17./18. Jh. (Hegemonialkriege Ludwigs XIV., Siebenjähriger Krieg) waren religiös bzw. konfessionell motiviert oder wurden propagandistisch so aufgeladen. Es gab „Religionskriege“ und „auch Religionskriege“, d.h. Konflikte, in denen die Konfession ein Argument unter anderen war. Beide Typen waren „Abgrenzungskonflikte in einem multikonfessionellen Europa“ (Johannes Burkhardt).

Intoleranz war ein systemimmanentes Kennzeichen der Konfessionalisierungsprozesse und sorgte für scheinbar unüberwindbare Konfliktlagen. Sie speiste sich aus der Verteidigung des theologischen Wahrheitsanspruchs der Konfession des Landesherrn, die in der Regel die Mehrheitskonfession war. Die obrigkeitlichen Maßnahmen entsprangen meist echter religiöser Überzeugung und richteten sich gegen konfessionelle Gegenspieler im eigenen Land und/oder gegen anderskonfessionelle Staaten. Neben der Konfessionalisierung im

Innern konnte es somit zu einer Konfessionalisierung der Außenpolitik kommen, mit entsprechender Bündnispolitik.

Alle Konfessionskriege entsprangen innenpolitischen Konfliktlagen, waren im Kern also konfessionelle Bürgerkriege, die neben religiösen Forderungen auch ständisch-partikulare Interessen durchzusetzen versuchten. Militärische Angriffe hatten zunächst den Charakter obrigkeitlicher Strafaktionen zur Wahrung des Landfriedens und wurden in der Folge zuweilen außenpolitisch ausgeweitet. Durch Bündnisse der konfessionellen Konfliktparteien entwickelten sich etwa die Hugenottenkriege oder der Achtzigjährige Freiheitskrieg der Niederlande sowie vor allem der böhmische Ständeaufstand als Beginn des Dreißigjährigen Kriegs von innen- zu außenpolitischen Konflikten europäischen Ausmaßes. Wesentlich forciert wurden sie durch den geostrategischen Gegensatz zwischen Frankreich und den Habsburgern in Wien und Madrid, die gegenüber den nichtkatholischen Minderheiten im eigenen Land als intolerante Katholiken auftraten. Zwischen ihnen herrschte bis zum „Renversement des Alliances“ am Vorabend des Siebenjährigen Kriegs ein latenter Religionskrieg um die Führerschaft im Katholizismus, gekleidet in einen europäischen Hegemonialkrieg. Je energischer Protestanten, Hugenotten, Waldenser, böhmische und ungarische Aufständische verfolgt wurden und Interventionen im protestantischen Ausland erfolgten, desto intensiver wurden bei den Protestanten „Schwarze Legenden“ über Katholiken gesponnen und zwecks übernationaler Sinnstiftung verbreitet.

Aber auch protestantische Fürsten standen im Ruf intolerante Despoten zu sein. Die von Ende des 16. bis Mitte des 17. Jh. geführten Dauerkriege der protestantischen Könige von Schweden mit den katholischen Wasa-Verwandten in Polen, die ihre schwedischen Thronansprüche aufrecht erhielten, trugen neben dynastisch-machtpolitischen Rivalitäten auch konfessionelle Züge. In England gab es seit 1558 unter Elisabeth und bis ins 17. Jh. Verfolgungswellen gegen sogenannte „Recusants“, die den Besuch anglikanischer Gottesdienste verweigerten, und gegen verschiedene Freikirchen, darunter die streng calvinistischen Puritaner (Pilgrim Fathers). In Reaktion auf das Regime Königin Marias I. (Bloody Mary) fanden Katholikenverfolgungen statt, die sich gegen alle katholischen Interventions- und Agitationsversuche von innen und außen richteten. Die ständige Furcht der protestantischen englischen Monarchen war berechtigt – sowohl Philipp II. als auch Ludwig XIV. versuchten über die Unterstützung der katholischen Iren, ihren Einfluss in England geltend zu machen. Auch nach der sogenannten „Glorious Revolution“ von 1689 mussten die englischen Könige wegen des Mächtegleichgewichts und auch aus legitimatorischen Gründen darauf bedacht sein, eine dezidiert protestantische Politik zu betreiben. In diesen Zusammenhang gehören die massenhafte Aufnahme französischer Hugenotten und die Strafexpeditionen gegen aufständische Iren.

Die katholischen Anhänger der Stuarts in Frankreich (Jakobiten) und die Hugenotten in England sind nur zwei bekanntere Gruppen von Glaubensflüchtlingen – eine typische Erscheinung im Konfessionellen Zeitalter. Die Religionskriege des 16. und 17. Jh. verursachten umfangreiche Wanderungsbewegungen, da im frühmodernen Konfessionsstaat versucht wurde, die konfessionelle Einheit im Land herzustellen, entsprechend der Formel, die den Augsburger Religionsfrieden von 1555 interpretierte: „Cuis regio, eius religio“. Ein Auswanderungsrecht bestand bestenfalls rudimentär. Allerdings hatte der Landesherr die Möglichkeit, anderskonfessionelle Untertanen entweder zur Konversion oder zur Auswanderung zu zwingen, und setzte damit das staatliche Gewaltmonopol nach innen weitgehend durch. In den europäischen Ländern, wo das nicht vollständig gelang (im Heiligen Römischen Reich, in Großbritannien, Böhmen, Ungarn, Polen-Litauen und im Fürstentum Siebenbürgen) gab es Phasen schärfster militärischer Konflikte. Im Anschluss daran aber griff man auf säkulare Friedensinstrumente zurück, die wegweisend für die Koexistenz zweier oder mehrerer Konfessionen in einem Territorium wurden, indem konsequent das Problem der theologischen Wahrheit ausgeklammert wurde. Diese Religionsfrieden beseitigten die

alltäglichen konfessionellen Spannungen zwar nicht, gaben ihnen aber einen säkularen rechtlichen Rahmen, indem die Konfliktlösung an weltliche Gerichte delegiert wurde. Langfristig wurde so der Boden bereitet für ein pragmatisches Nebeneinander der Konfessionen. Von einer religiösen Toleranz im modernen Sinn, mithin eine aktive Bereitschaft zum tiefen Verständnis des anderen, war man im 18. Jh. trotz Aufklärung weit entfernt. Jedoch wurden die fanatisch geführten Kriege des 16. und 17. Jh. ebenso eingedämmt wie konfessionelle Konflikte im Innern. Das Prinzip der „Balance of Power“, entwickelt vor dem Hintergrund der Hegemonie Frankreichs unter Ludwig XIV., führte zu einem neuen Verständnis von Krieg und Frieden. Neue Schlagworte der internationalen Beziehungen waren Großmacht- und Interessenpolitik. Im „Zeitalter der Kabinettskriege“ zähmte das hochentwickelte Gesandtschaftswesen die Kriege durch die hohe „Kunst des Friedensschließens“. Zudem erweiterten die Friedensschlüsse des späten 17. und des 18. Jh. auch das „Ius publicum europaeum“, das europäische Völkerrecht, in das zunehmend auch individuelle Auswanderungsregelungen, religiöse Schutzklauseln und die Garantie von Glaubens- und Gewissensfreiheit aufgenommen wurden.

Ein Umdenken bei der Beurteilung religiöser Toleranz setzte aber bereits lange vor dem Westfälischen Frieden ein. Neustadtgründungen, Residenzenausbau, die Errichtung von Festungsstädten sowie die Neuerschließung von Wirtschafts- und Gewerbeeregionen in den Jahrzehnten um 1600 erforderten viele merkantil, technisch und handwerklich versierte Kräfte, die zunehmend auch unter Konfessionsfremden geworben wurden. Das landesherrliche, auch staatsfinanzielle Eigeninteresse erwartete von den wirtschaftlich, politisch und religiös meist hochprivilegierten Einwanderern einen Kapitalzustrom, Technologietransfer, eine Erhöhung des Steueraufkommens und ein Bevölkerungswachstum. Die finanzintensive absolutistische Monarchie handelte nüchtern im Sinn der Staatsräson. So zogen Kolonistenwerber quer durch die Lande und warben ausländische Spezialisten an. Die Konfession spielte dabei zunehmend eine untergeordnete Rolle, trotz weiterer Vorbehalte gegen die Juden. Mit der Wirtschaftsförderungs- und Peuplierungspolitik des aufgeklärten absolutistischen Staates verbanden sich mustergültig die beiden Hauptmotive der Aufnahme von Glaubensflüchtlingen und Exilanten: wirtschaftlicher Nutzen und religiöse Toleranz – in dieser Reihenfolge.

Die Opfer von Religionskriegen und religiöser Unduldsamkeit des Konfessionellen Zeitalters gehörten mit ihren spezifischen Erfahrungen zu den Wegbereitern des säkularen Denkens und der friedlichen Koexistenz der christlichen Konfessionen. Mit dem aufgeklärten 18. Jh. war das Konfessionelle Zeitalter definitiv zu Ende. Der Säkularisierungsprozess hatte den Konfessionalisierungsprozess überwunden, wenn es auch im 18. Jh. noch dezidiert konfessionelle Maßnahmen einzelner Landesherrn gab (Ausweisung der protestantischen Untertanen aus dem Erzbistum Salzburg 1731/32; Deportation der „Geheimprotestanten“ aus den österreichische Erblanden als Kolonisten nach Siebenbürgen und Ungarn durch Kaiserin Maria Theresia; die Strafaktionen der französischen Krone gegen die seit 1685 illegal fortbestehende Untergrundkirche der Hugenotten). Andererseits bahnte sich mit Friedrich dem Großen seit 1740 eine konfessionsneutrale Siedlungs- und Kolonisationspolitik in allen Landesteilen Brandenburg-Preußens an, ab 1763 unter Katharina II. ebenso in Russland und ab 1780 unter Kaiser Joseph II. in Österreich. Letzterer betrieb eine entschiedene Toleranzpolitik; sein Toleranzpatent von 1781 stellte nicht nur Protestanten, sondern auch orthodoxe Christen und Juden zumindest formalrechtlich den Katholiken gleich. Die Französische Revolution und ihre Folgen beseitigten in den meisten europäischen Staaten die letzten konfessionellen Einschränkungen und propagierten den konfessionsneutralen Staat der Moderne. Die konfessionelle Vielfalt des vormodernen Europa sowie die Religionskonflikte, die dem frühmodernen Staat, der sich nach rationalen Gesichtspunkten ausbildete, abträglich waren, zwangen zum Umdenken und führten langfristig von einer obrigkeitlich verordneten

Akzeptanz konfessionell pluraler Gesellschaften im 18. Jh. zu einer klaren Trennung von Staat und Kirche im 19. Jh.

Dabei muss betont werden, dass diese Entwicklung zunächst auf den Westen, den Norden und die Mitte Europas begrenzt war, also den Raum der vormals lateinischen Christenheit. Das säkulare Staatsverständnis, von den Humanisten um 1500 ideell vorbereitet, durch die aufgeklärten Gelehrten seit spätem 17. Jh. vorangetrieben und durch Umsetzung der Ideen der Französischen Revolution zum Durchbruch gelangt, folgt der Einsicht, dass nur unter Ausklammerung der theologischen Wahrheitsfrage und durch Verrechtlichung von konfessionellen Konflikten ein dauerhafter Religionsfriede in einem multikonfessionellen Land bzw. zwischen europäischen Ländern – und zwar als politischer Frieden – möglich ist. Dies waren bereits die maßgeblichen Gestalt-Prinzipien des Zweiten Kappeler Landfriedens von 1531, des Augsburger Religionsfriedens von 1555, des Toleranzedikts von Nantes 1598 und des Westfälischen Friedens 1648. Das Ergebnis solcher Religionsfrieden war keine Toleranz im modernen Sinn, aber immerhin die Regelung einer vergleichsweise friedlichen Koexistenz. Das scheint eine der wichtigsten Errungenschaften Alteuropas an der Wende zur Moderne zu sein, deren wertvolles Erbe heute ein wesentlicher Bestandteil des modernen demokratischen Selbstverständnisses aller europäischen Staaten ist.

## Diskussion

Diskussionsbeitrag: Auf dem Balkan ist die Schlacht auf dem Amselfeld 1389 stark im kollektiven Gedächtnis verankert. Die Serben fühlten sich damals von Europa im Stich gelassen.

Antwort: Das Ausgeliefertsein gegenüber der muslimischen, später der osmanischen Expansion gehört zur generellen Erfahrung der Ostkirche. Die Hilferufe wurden nicht gehört, nur halbherzig beantwortet, oder es fand ein Kreuzzug statt, bei dem dann oft auch orthodoxe Landschaften erobert wurden, allen voran 1204 Konstantinopel. Auch die Hilfe, die sich die serbischen Fürsten im 14. Jahrhundert von den „lateinischen“ Mächten erhoffte, kam nicht. Derartige Verletzungen und Enttäuschungen beeinträchtigen bis heute die Dialoge zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche, jenseits ekklesiologischer Probleme (Bilderstreit, päpstlicher Primatanspruch).

Diskussionsbeitrag: Als Wiege Europas wurden im Vortrag die Aeneas-Sage und Troja genannt, von dem ein Strang nach Rom führt. Muss man nicht stärker den Strang nach Griechenland betonen? Zu denken ist an die Siege über die Perser 490/480 v. Chr., nach denen die attische Demokratie und Philosophie aufblühten. Letztere hat Auswirkungen auf Thomas von Aquin, die Idee der Menschenrechte und die Aufklärung.

Antwort: Aus der heutigen Perspektive ist das richtig, der Vortrag fokussierte aber die Perspektive der Zeit um 1500. Damals spielten die griechischen Wurzeln (noch) eine geringere Rolle. Die Humanisten rezipierten zunächst die römischen Quellen. Erst gegen Ende des 15. Jh., vor allem im Gefolge des Untergangs von Byzanz 1453, wurde auch die griechische Philosophie als Erbe Europas wiederentdeckt. Die Vorstellung, dass das griechische Reich mit dem römischen gleichwertig sei, gab es um 1500 nicht. Auch die kretische Traditionslinie (Europasage, König Minos) spielte um 1500 keine Rolle. Den Zeitgenossen war die römische Tradition wichtiger, aber spätestens im 18. Jh. hat man die Griechen an die Seite der Römer gestellt.

Diskussionsbeitrag: Es gibt die These, dass die Reformation über das Sektentum nicht hinausgekommen wäre, wenn die Untertanen nicht die Religion ihres Landesfürsten hätten annehmen müssen. Vielleicht wäre es ohne das gar nicht zum Dreißigjährigen Krieg gekommen.

Antwort: Die Frage ist, warum die Reformation überhaupt so große Erfolge hatte, gerade in Mitteleuropa und in den Territorien und Städten des Heiligen Römischen Reiches. Dabei spielt die gesamteuropäische Lage eine wichtige Rolle. Die Landesherren und Stadtmagistrate, die für die Reformation waren, haben den Kaiser und die Reichsstände unter Druck gesetzt. Gegen die kaiserliche Forderung nach finanzieller Unterstützung gegen die Türken forderten die Reichsstände, dass die jungen evangelischen Kirchenwesen nicht angetastet wurden. Sobald im Hintergrund die Türken drohten, waren Katholiken und Protestanten auf ein Miteinander angewiesen, so dass die protestantischen Reichsstände Steuern bewilligten, für welche sie im Gegenzug freie Religionsausübung zugestanden bekamen. Sobald es einen längeren Frieden mit den Osmanen gab, also ab 1606 – mithin unmittelbar am Vorabend des Dreißigjährigen Krieg –, gab es keinen auswärtigen Feind mehr. Es gab freilich auch andere Momente, die eine Rolle spielten, aber es ist bezeichnend, dass es parallel zum Dreißigjährigen Krieg keinen Türkenkrieg gab und der Sultan entgegen französischen und schwedischen Wünschen nicht in den Krieg eingegriffen hat. Die protestantische Seite wäre ansonsten vielleicht sogar noch stärker gewesen und stärker aus dem Krieg hervorgegangen.

Diskussionsbeitrag: Im Osmanischen Reich gab es ein Hohes Maß an Toleranz, keine Christenverfolgung, keinen Antijudaismus, später keinen Antisemitismus. Heute herrscht in der Türkei keine Toleranz, obwohl Erdogan sich auf das Osmanische Reich zu beziehen scheint und sich von der kemalistischen Position entfernt. Wie passt das nach Jahrhunderten religiöser Toleranz zusammen?

Antwort: Der Vergleich zwischen dem Osmanischen Reich und der modernen Türkei hinkt natürlich. Warum war der Sultan tolerant? Weil ein Großreich, das sich über drei Kontinente erstreckte, nicht anders zu regieren war. Als Sultan eines Imperiums mussten möglichst viele Konflikte im Inneren vermieden werden. Die nicht-muslimischen Untertanen waren etwa auf dem Balkan sowie in Teilen des Kaukasus in der Mehrheit und standen einer relativ schmalen osmanischen Oberschicht gegenüber. Dies funktionierte nur, wenn man ihnen eine umfassende Toleranz zusagte. Dafür mussten sie eine Kopfsteuer zahlen, was gleichermaßen lateinische und armenische Christen, aber auch die Juden traf. Die Toleranz hängt auch mit der Verwaltung zusammen. Die geistlichen Führer, Bischöfe und Rabbiner, waren für die osmanischen Sultane die eigentlichen Ansprechpartner. Es gibt einen Staat, der aus dieser Tradition gegründet wurde: Montenegro. Dort hatte die orthodoxe Fürstbischofsdyndastie unter den Osmanen eine gewisse Autonomie erworben. Seit dem 17. Jh. standen die Gläubigen unter weltlich-klerikaler Herrschaft; daraus ist dann im Laufe des 19. Jh. eine Eigenstaatlichkeit geworden. Die moderne Türkei ist eben kein Weltreich, dann müsste Erdogan anders mit den Bürgern und den Regimegegnern umgehen – der Sultan musste dies jedoch tun. Im späten 18. Jh. erzwang Russland unter Katharina II. ein Kultprotektorat im Osmanischen Reich, gab sich mithin als Schutzmacht der orthodoxen Christen auf dem Balkan und im Kaukasus. Im 19. Jh. wurde dies durch die Propagierung eines Panlawismus ersetzt. Dies waren die Instrumente der russischen Kaiser, in die inneren Verhältnisse einzugreifen.

Diskussionsbeitrag: Die Konfessionalisierung, die Religionskriege und die religiösen Bürgerkriege trugen auch zur Nationalisierung bei, insofern eine relativ klare konfessionelle Zuordnung möglich ist. Hat die Konfessionalisierung einen wesentlichen Beitrag geleistet zur nationalen Identitätsfindung?

Antwort: Ja, aber hinzu kommt die Gefahr von außen, durch die Osmanen, die Bedrohung der Grenzen. Polen-Litauen, Ungarn, Österreich und Russland haben durch die Abgrenzung gegen die Osmanen ihre konfessionelle Identität gefunden. Die Entscheidung vor Wien, die Schlacht am Kahlenberg 1683, war eine kollektive Erleichterung für die jahrhundertlang

traumatisierten Zeitgenossen, denn auch der Bauer in der Steiermark wußte, wie schlimm „der Türke“ ist. Flugblätter mit ihrem hohen Bildanteil waren die Medien des Konfessionellen Zeitalters, das Informationsmaterial für eine weitgehend illiterate Bevölkerung. Diese wurden in Gasthäusern und auf der Kanzel vorgelesen.

Diskussionsbeitrag: Die Konfessionalisierung ist verbunden mit der Nationalisierung und auch mit einer Militarisierung. Gleichzeitig haben wir in der Frühen Neuzeit den Anfang des Völkerrechts, Hugo Grotius wäre u.a. zu nennen. Inwieweit gibt es einen Zusammenhang zwischen der Konfessionalisierung und der Völkerrechtsentwicklung? Waren die Frage, wem gehören die Meere, und die Landkriegsordnung immanente Ergebnisse innerstaatlicher, gesellschaftlicher Prozesse?

Antwort: Innergesellschaftlich hat nur eine schmale Oberschicht, die Gelehrten, darüber diskutiert. Die Erfahrung des ungezähmten Krieges – die Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges mit verwüsteten Landschaften und Bevölkerungsverlusten von bis zu 40 oder 50% – war verantwortlich für die Erkenntnis, dass man den Krieg einhegen muss. Hinzu kam die Vorstellung, dass ein Gleichgewicht der Mächte voraussetzt, dass die Staaten auch tatsächlich gleich mächtig und wirtschaftlich gleich stark sind. Aus den Erfahrungen der brutalen Zerstörungen entstand die neue Idee des Gleichgewichtssystems zwischen den Großmächten. Man verständigte sich oftmals im Vorfeld eines Konflikts über umstrittene Territorien und führte dann einen begrenzten Krieg. Manchmal nahmen gewissermaßen mit dem ersten Schuss die Gesandten der Großmächte Verhandlungen zur Beendigung des Krieges auf. Die Aussicht auf ein zerstörtes Land als Kriegsbeute nicht sehr attraktiv, zumal man dieses ja später selbst noch nutzen wollte. Es gab auch keine Plünderungen in großem Stil mehr; der Krieg fand auf offenem Feld statt. Die Bemühungen um die Einhegung von Kriegen führten dann in direkter Linie zu den Haager Landkriegsordnungen. Ein anderer Diskurs ist der unter anderem von Hugo Grotius geführte über die Freiheit der Meere, der jedoch eher in globaler Perspektive zu behandeln wäre.